

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erzheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Slotz. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Restlamenteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beirteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 41

Sonntag, den 13. März 1932

50. Jahrgang

Minister Gebering für die Sicherheit Keine Umsturzgefahr in Deutschland — Unterdrückung von Gewalttaten Verantwortung der Polizei

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern Gebering an alle Polizeibehörden den folgenden Runderlass gerichtet:

Seit Tagen werden in der Bevölkerung Mittelungen, Nachrichten und Gerüchte verbreitet, monach radikalere Gruppen, insbesondere Nationalsozialisten, angeblich unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März und ohne Rücksicht auf den Ausfall beabsichtigen, gewaltsam einen Umsturz herbeizuführen. Es ist Aufgabe der Polizei, diesen nervösen Gerüchten entgegen zu treten.

Ich mache es ihr aber zur besonderen Pflicht, jeden Versuch einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung möglichst schon vorbeugend im Keime zu ersticken. Jede Gewalttätigkeit ist unter Verwendungs aller, auch der härtesten Kampfmittel von vornherein rücksichtslos zu unterdrücken. Für die Gewährleistung des reiblosen Ablaufes aller polizeilichen Kräfte, Beamten und Kampfmittel, mache ich die Polizeiverwalter persönlich verantwortlich.

Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt

Berlin. Der Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl hat allenthalben seinen Höhepunkt erreicht. Außer den großen Massenversammlungen, in denen die Führer der Gruppen, Verbände und Parteien sprachen, haben rings in Deutschland zahlreiche Wahlkundgebungen für die einzelnen Kandidaten stattgefunden. Für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg sprach u. a. Reichsfinanzminister Dietrich in Freiburg, der hervorhob:

Wenn ein Gegner Hindenburgs Reichspräsident würde, dann bleibe ihm nach der Eidesleistung auf die Verfassung nichts anderes übrig, als denselben Weg zu gehen, den Hindenburg gegangen sei.

Reichsverkehrsminister Treviranus sagte in seiner Rede in Duisburg, Hindenburg bürgte dafür, daß die Sachlichkeit des Urteils die Unabhängigkeit der Entscheidung über allem Neuen wache und daß er verhindere, daß nicht Altes überannt werde, ehe das Neue geprüft dastehe. In Krefeld wandte sich in einer Wahlkundgebung

der DVP der Parteiführer Dingeldey gegen die Nationalsozialisten und sagte: Die DVP habe gar kein Interesse daran, mitzuhelfen, daß ein Parteibuchstabe das andere ablöse.

Auch für den schwarz-weiß-roten Kampfblock fanden zahlreiche Kundgebungen statt. Reichspräsidentenkandidat Düsterberg sprach in drei überfüllten Versammlungen in München. Er wandte sich gegen jeglichen überprüften Zentralismus und betonte, daß die geschichtlich gewordenen Länder und Provinzen nur in einem föderativ aufgebauten Staate ihre berichtigte Eigentümlichkeit zum Nutzen des gesamten Deutschland erhalten und wahren könnten. Die monarchische Staatsform entspräche nicht nur dem deutschen Charakter, sondern auch der ewig bedrohten geopolitischen Lage unseres Vaterlandes. Reichstagsabg. Dr. Quast wies in einer Rede in der großen Halle des Friedensbaum in Dortmund mit Nachdruck darauf hin, daß sich das deutsche Reich die Zukunft auf den gleichen Ideen aufbauen müsse, wie das Reich Bismarck und das Reich der Hohenzollern. Wie vor 70 Jahren müsse auch heute wieder die preussische Staatsidee zum Siege geführt werden, damit das neue Reich sich vollende.

Unter den zahlreichen Kundgebungen der Nationalsozialisten ist die Massenversammlung in Nürnberg bemerkenswert, weil dort der Abg. Dr. Goebbels auf die Rede antwortete, die der Reichskanzler Dr. Brüning am Freitagabend im Berliner Sportpalast gehalten hat und die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Dr. Goebbels erhob Protest gegen die einseitige Benutzung des Rundfunks durch die Parteien um Hindenburg und bezeichnete dieses Verhalten als nicht mit der von dem Feldmarschall verkündeten Ritterlichkeit vereinbar. Besonders scharf wandte er sich gegen die Vorwürfe, die Nationalsozialisten sprächen von einer neuen Inflation. Niemals sei davon bei den Nationalsozialisten die Rede gewesen. Die Parteien, unter deren Herrschaft eine Inflation dem Volke die letzten Spargroschen geraubt habe, besäßen nicht das Recht, dem Nationalsozialismus derartige haltlose Verleumdungen nachzurufen.

Zwischen diesen Parteien und Verbänden der schwarz-roten Front und dem kommenden Deutschland gäbe es kein Mittieren und keinen Waffenstillstand.

Entschliebung des Völkerbunds zum Konflikt in Ostasien

Stimmenenthaltung der beiden Parteien — Schwierige Verständigung

Genf. Der Hauptausschuß der Völkerbundsversammlung ist zusammengetreten, um über den Entschliebungsentwurf zu dem chinesisch-japanischen Konflikt Beschluß zu fassen. Der japanische Delegierte, Botschafter Satō, teilte mit, daß Japan die Entschliebung nicht zustimmen könne. Um jedoch die einstimmige Annahme möglich zu machen, werde es sich der Stimme enthalten. Der Ausschuß nahm hierauf mit den Stimmen aller übrigen Delegationen die Entschliebung an. Es fiel auf, daß die chinesische Delegation sich nicht an der Abstimmung beteiligte. Die Völkerbundsversammlung, die nach der Sitzung des Hauptausschusses zusammentrat, hat die Entschliebung über den chinesisch-japanischen Konflikt mit 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen, nämlich des Chinesen und des Japaners, angenommen.

Japan fühlt sich bedroht

Tokio. Die japanische Regierung stellt entschieden alle Gerüchte in Abrede, die behaupten, daß japanisches Militär an der koreanisch-sowjetischen Grenze konzentriert werde.

Dem japanischen Botschafter in Moskau wurde hingegen die Aufgabe zuteil, die Sowjetregierung um Aufklärung darüber zu ersuchen, warum Sowjettruppen bei der Bucht von Poffiet (Bucht Peter des Großen, südwestlich von Wladiwostok) konzentriert werden.

Aufstand gegen die neue mandchurische Regierung

Moskau. Freitag früh haben die chinesischen Truppen in Sachalan (8 Kilometer von Blagoweschtskensk) wegen der neuen mandchurischen Regierung gemaunert. 6 Kompanien mit Maschinengewehren haben den Aufstand eingeleitet. In der Stadt herrscht Anarchie. Chinesische Geschützregimente drängen bis nach der russischen Stadt Blagoweschtskensk. Der japanische

Generalkonsul und die chinesischen Beamten sind mit ihren Familien nach Blagoweschtskensk geflüchtet und haben die Sowjetregierung um Schutz gebeten. Mehrere Geschäfte in Sachalan, darunter das Gebäude der russischen Handelsvertretung, sind ausgeplündert worden. Der Zollkommissar Hochmann wurde von den meuternden Soldaten verprügelt und ist über die Grenze nach Sowjetrußland geflüchtet. Bei den Unruhen sollen zwei Japaner getötet worden sein.

Kanton lehnt die japanischen Vorschläge ab

Kanton. Die Kantongregierung hat telegraphisch in Peking erklärt, daß die japanischen Friedensvorschläge für die chinesische Regierung unannehmbar seien. Die Kantongregierung verlange, daß Peking zunächst alle Verhandlungen mit Japan ablehnen und die bedingungslose Rücknahme des besetzten chinesischen Gebiets verlangen solle. Falls Japan sich weigere, müßten die militärischen Operationen fortgesetzt werden.

Keine Verschiebung der Preußenwahlen

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: „Im Anschluß an die Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten wird von der preussischen Staatsregierung darauf hingewiesen, daß sie bereits vor drei Tagen als AufLAGENACHRICHT über sämtliche preussischen Sender amtlich hat mitteilen lassen, daß die Gerüchte, nach einem Wahlsiege des jetzigen Reichspräsidenten von Hindenburg würde eine Verschiebung der Preußenwahlen in Frage kommen, auf Unwahrscheinlichkeit beruhen. Keine verantwortliche Stelle in Preußen denke daran oder habe jemals daran gedacht, die Preußenwahlen zu verschieben. Das wäre ein verfassungswidriges Vorgehen. Die Preußenwahlen würden zu dem verfassungsmäßigen Termin stattfinden.“

Was die Woche brachte

Unerwartet und daher überraschend hat die Regierung das Ermächtigungsgesetz im Sejm eingebracht, das weitgehende Vollmachten für den Staatspräsidenten fordert. Eine Neuordnung der inneren Verwaltung und des Rechtszustandes im Staate wird damit bezweckt. Die Angabe des Zieles enthält jedoch noch nicht die Gründe, die zu diesem Schritt bewogen. Wir haben einen Sejm, der die Wünsche der Regierung erfüllt wie selten einer und die Gesetze, die in der letzten Zeit beschlossen wurden, hatten die Regierung mit großen Machtbefugnissen aus. Erfordert die schwere Lage des Landes ein noch rascheres Tempo der Gesetzgebung als das ohnehin schon flieberhaft arbeitenden Sejms? Vielleicht sind die Gründe auch in den Gerüchten zu suchen, die wissen wollen, daß innerhalb des Regierungsblokes Unstimmigkeiten herrschen, die ihn nicht mehr als den verlässlichen Gallus erscheinen lassen, der er einstweilen war. Es hat sich bei den Verhandlungen des Sejms mitunter gezeigt, daß in den Reihen der Mehrheit nicht jene Einheitlichkeit der Anschauungen bestand, die man von vornherein erwartet hätte.

Für das Land bedeuten die Vollmachten keine wesentliche Veränderung des bestehenden Zustandes, da der Sejm ohnehin nichts anderes war als der willfährige Vollstrecker des Regierungswillens. Die eingebrachten Projekte wurden ohne Veränderung zum Gesetz erhoben, die Volksvertretung hatte keinen eigenen Willen und bemühte sich nicht, ihnen das Siegel ihres Geistes aufzudrücken. Die Opposition war machtlos und ihre Kritik ging in den Wind.

Die angekündigte Reorganisation der inneren Verwaltung, die durch Dekrete des Staatspräsidenten durchgeführt werden soll, wird jedenfalls von weittragender Bedeutung sein. Das Projekt, das der Verwaltungskommission vorliegt, enthält verschiedene Änderungen in den obersten Behörden. So soll der Wirkungsbereich des Ministeriums des Innern auf die öffentliche Sicherheit eingeschränkt und das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge aufgehoben werden. Ein anderes Projekt beschäftigt sich mit der Neueinteilung der Wojewodschaften. In Kleinpolen sollen die drei uralten Wojewodschaften zu einer einzigen vereinigt werden. Auch Oberschlesien steht eine Vergrößerung bevor, wozu jedoch die Zustimmung des schlesischen Sejms erforderlich ist. Die Folgezeit wird jedenfalls viel verändern, es bleibt nur abzuwarten, ob es auch immer zum Guten gehen wird. Die Vollmachten sollen es auch der Regierung ermöglichen, auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet rasch handeln zu können, wenigstens in der Zeit bis zur nächsten Sejmession. Hier eröffnet sich das weite Gebiet der Notverordnungen, mit denen nun auch Polen Bekanntheit machen wird.

Ministerpräsident Piłsudski, der das Regierungsprojekt im Sejm begründete, sprach auch über die wirtschaftliche Lage. Der fürchterliche Sturm, der über die Welt geht, habe in Polen geringeren Schaden angerichtet als erwartet. Die Fundamente unserer Wirtschaft seien stark und unsere Valuta eine der wenigen, die keine Erschütterungen erfahren habe und zu deren Schutz keine Deviseneinschränkung nötig gewesen sei. Auch für die Zukunft denke man an solche Einschränkungen nicht. Die Sparpolitik habe zu einer Haushaltsentlastung geführt, wie sie in gleichem Ausmaß in anderen Staaten nicht zu finden sei. Die gesunde Valuta und der ausgeglichene Haushalt seien die Fundamente und Pfeiler der Wirtschaft. Die Anstrengungen der Regierung seien unterstützt worden durch die Disziplin und Opferbereitschaft des Volkes, das in keinem Augenblick der großen Krise die Nerven verloren habe. Dabei kam der Ministerpräsident auch auf die Kartelle zu sprechen, die nach seiner Meinung den Markt monopolisieren und feste Preise aufrechterhalten. Jedes zum Schaden der Wirtschaft. Damit traf er mit der Meinung eines Teiles der Presse zusammen, die in letzter Zeit zum Kampf gegen die Kartelle aufrief. Ob Ministerpräsident Piłsudski derjenige sein wird, der die in seiner Rede angekündigten Maßnahmen durchführen wird, ist sehr die Frage. Immer häufiger treten die Gerüchte auf, daß wir vor einer Veränderung des Kabinetts stehen, die in den nächsten Wochen vorgenommen werden soll. Als Nachfolger Piłsudskis wird vor allem Vizeminister Pieracki genannt, der durch seine Reden im Sejm in letzter Zeit in den Vordergrund getreten ist.

Neben diesen Ereignissen im Innern hält auch der neuerdings ins Rollen gekommene Plan zur Schaffung einer Donauföderation unsere öffentliche Meinung in Atem. Polen will auch als mitteleuropäischer Staat gelten und ist daher an diesen Plänen stark interessiert. In welcher Weise Mitteleuropa geeinigt werden soll, steht noch nicht fest. Nach dem französischen Plan soll die Einigung zwischen den fünf Donaustaaten stattfinden, ohne Einbeziehung einer anderen Macht. Die Spitze richtet sich deutlich gegen das Deutsche Reich, dessen Anschluß in Frankreich nicht erwünscht ist, aber auch gegen Polen. Dazu kommt, daß auch Italien und England nicht zurückstehen wollen. Ein jeder möchte dieses Mitteleuropa so haben, wie er es braucht und jeder erhebt Ansprüche, die letzten Endes nicht oder doch nur unvollkommen erfüllt werden können. Die italienische Antwort auf

Polen und die Einigung Mitteleuropas

In Warschau ist man verchnupft — Die dunkle Rolle der Tschekoslowakei — Zaleski verhandelt in Paris

den Plan von Tardieu legt Wert darauf, daß große und allgemeine Gesichtspunkte im Auge behalten werden und daß durch gute Spezialabkommen die Hilfeleistung der Donaufürsten von Land zu Land ausgebaut werde. Durch diese Tendenz der Spezialisierung tritt Italien im Gegensatz zu Frankreich, der noch durch die Forderung nach unmittelbarer Teilnahme an den Verhandlungen verstärkt wird. Nicht fünf Staaten sollen beraten, sondern neun. Zur Donaunferenz sollen also auch die Vertreter Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs zugezogen werden. Dieser erweiterte Rahmen mag weniger handlich sein, doch er entspricht in höherem Maße den tatsächlichen Verhältnissen. Die kleinen Staaten an der Donau können ja doch nur Beschlüsse fassen, die nicht auf den Protest der großen Nachbarn stoßen. Eine Verhandlung über Präferenzzölle ist nicht denkbar, ohne daß die größten Handelsnationen der Welt ihr Jawort dazu geben. Durch diese italienische Anregung würde auch verbürgt, daß keiner der Großmächte etwas zuleide geschieht. Besonders in Oesterreich hat man daher den Vorschlag Italiens gut aufgenommen. Interessant dabei ist, daß man nur von fünf Donaufürsten spricht und den sechs, Bulgarien, gar nicht beachtet. Bulgarien ist damit aber nicht zufrieden und steht eben im Begriff, auch seine Ansprüche anzumelden.

Werden hier vielleicht neue Konflikte heraufbeschworen, so ist dafür der Aufstand in Finnland zur Ruhe gekommen. Das rasche und energische Eingreifen der Regierung hat den Sieg davongetragen. Die Führer der Lappolente, darunter der Schöpfer der Bewegung Koskila und General Wallenius, sind verhaftet worden. Dadurch wurden die finnischen demokratisiert und nahmen das Ultimatum der Regierung an. Die Gefahr für Finnland ist damit vorüber, der Aufstand ohne Blutvergießen erledigt.

Auch im Osten scheint, allen gegenteiligen Nachrichten entgegen, der Krieg an sein Ende gekommen zu sein. Die Kämpfe ruhen und die Verhandlungen können nun in einem raschen Maße geführt werden. Schade, daß der große Vorkämpfer des Friedens, Briand, diesen Augenblick nicht mehr erleben konnte.

Das Schicksal hat diesem großen Staatsmann ein unerwartet rasches Ende bereitet. Wenn man auch wußte, daß sich sein Zustand verschlimmert hatte, so war doch niemand auf einen so raschen Tod gefaßt. Die Hoffnung Briands, in den Lauf der Politik noch einmal aktiv eingreifen zu können, hat sich nicht mehr erfüllt. Er mußte nur die schmerzliche Erfahrung machen, daß seine Politik in Frankreich keinen Fortsetzer fand. Tardieu ist nicht der Mann, der, vom Geiste Locarnos befeelt, die Wege Briands gehen würde. Zwar stehen in Frankreich Wahlen bevor; sie können das Gesicht des Landes wieder einmal verändern, doch besteht wenig Hoffnung dafür, daß die politischen Wogen einen Mann in die Höhe werfen werden, der den Gedanken des Friedens und der Verständigung gleich nachvoll wie der Tote vertreten könnte.

Während über Frankreich Trauer liegt, geht in Deutschland der Wahlkampf mit größter Heftigkeit vor sich. Massenveranstaltungen größten Stils werden veranstaltet und der Rundfunk spielt eine nie dagewesene Rolle. Gewissermaßen im letzten Augenblick ist Reichspräsident von Hindenburg selbst auf den Plan getreten, um die Gründe, die ihn zur Kandidatur bewegten, darzulegen und Verdächtigungen abzuwehren, mit denen ihn seine Gegner nicht verschonen. Seine eindrucksvolle Rede, die er am Donnerstag abends im Rundfunk hielt, dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Propaganda der Nationalsozialisten ist aufs höchste gestiegen. Sie bemühen sich, ihren Anhängern einzuschäme, daß Hitler geradezu schon Präsident des Reiches sei. Aus dieser Zuversicht heraus erklären sich wohl auch die scharfen Angriffe gegen die ehemaligen Freunde der Harzburger Front, die ihrerseits den Nationalsozialisten Nervosität u. Terror vorwerfen. Der morgige Tag wird die Entscheidung bringen. Die Welt wartet mit Spannung darauf.

Trotsky Einreise in die Tschekoslowakei bewilligt?

Prag. Der Klub der Abgeordneten und der Senatoren der Nationaldemokratischen Partei hat heute eine Entschließung gefaßt, worin dagegen protestiert wird, daß Trotski die Einreise in die Republik bewilligt worden sei.

Warschau. Die halbamtliche Jutra-Agentur veröffentlicht eine Erklärung des seit längerer Zeit in Paris weilenden maßgebenden Senators des Regierungsbüros Targowski über den französischen Donaubundplan. Nach Targowski soll der französische Plan nichts anderes als die Fortsetzung und teilweise Erweiterung des polnischen Agrarabkommens sein und der Beginn einer ganzen Kette von Verhandlungen zwischen den einzelnen in Frage kommenden Staaten. Die Ansicht, daß Polen bei dem französischen Vorschlag umgangen worden sei, sei ein Mißverständnis. Frankreich habe Polen in lonaler Weise verständigigt. Es sei aber zu berücksichtigen, daß Polen infolge seiner geographischen Lage und machtpolitischen Stellung eine eigene Vertragspolitik treiben müsse.

Zweifellos scheint man in maßgebenden politischen Kreisen Warschaus wegen der, wie es heißt, recht undurchsichtigen Rolle der Tschekoslowakei stark verärgert zu sein, die sich die größte Mühe gegeben haben soll, den polnischen Brüderrat von dem aus dem Donaubund erhofften Geschäft fernzuhalten.

Zur Zeit befinden sich in Warschau alle polnischen Gesandten aus den einzelnen Donaustaaten und beraten im Außenministerium über die weiteren Schritte Polens. Der letzte polnische Vorschlag eines Jollfriedens mit Deutschland erscheint in diesem Zusammenhang nur als ein nicht ernstgemeintes tatsächliches Manöver, das als Warnungszeichen zu bewerten ist.

Außenminister Zaleski weilt seit Freitag in Paris, um in dieser Angelegenheit mit den französischen Ministerien zu verhandeln.

Doch Einzelrichter im Memelstreit

Genf. Die Juristen der vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens haben heute vormittag endgültig einen Vorschlag für das Verfahren zur Regelung der Memelfrage ausgearbeitet. Der Vorschlag wird der englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden. Er ist gleichzeitig der italienischen Regierung übermittelt worden. Ueber den Inhalt des Vorschlages, der vorläufig noch streng geheim gehalten wird, verlautet, daß eine Regelung der Memelfrage durch Entscheidung eines Einzelrichters und nicht durch den Haager Gerichtshof empfohlen wird. Die Person des Schiedsrichters soll durch die beteiligten Regierungen bestimmt werden. Man nimmt an, daß die Entscheidung der vier Regierungen noch einige Tage in Anspruch nehmen wird.

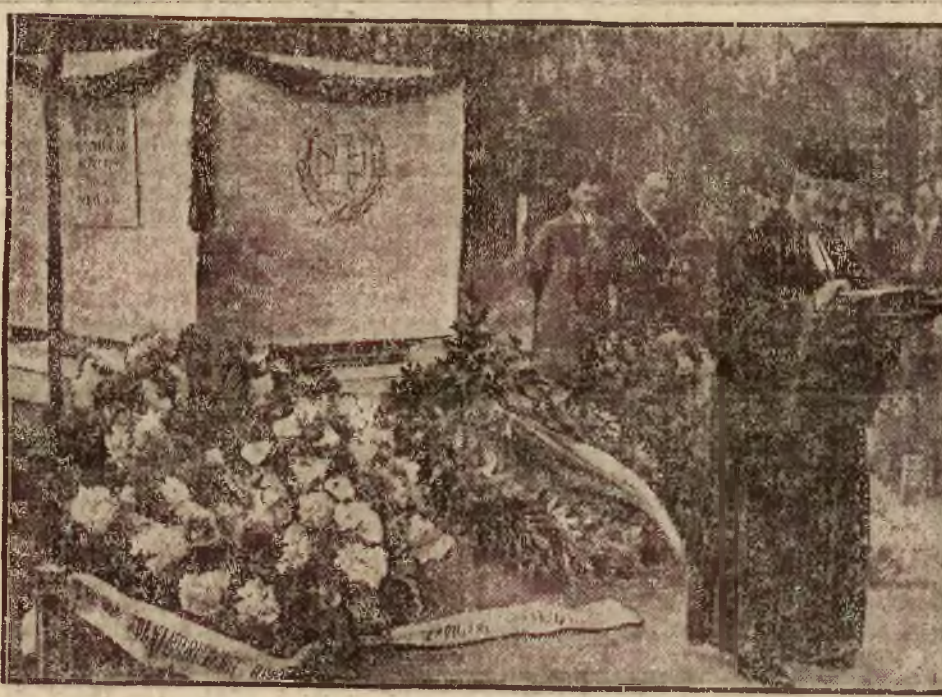
Memel. Nach der Ernennung von Tolitschus zum Landesdirektor bemüht sich Simmat, die Memelteilparteien zu einer überstürzten Entscheidung zu drängen. So hat er den Führer der memeländischen Volkspartei, Kraus, aufgefordert, diese Entscheidung der Fraktionen bis Sonnabend früh 9 Uhr herbeizuführen. Kraus hat jedoch erklärt, daß man gar nicht daran denke, sich zu einer voreiligen Entscheidung zwingen zu lassen.

Neue Reparationsbesprechungen in Berlin?

Berlin. Sir Leith Ross, der in den vergangenen Monaten als Vertreter des englischen Schahamtes die Verhandlungen mit dem französischen Finanzminister Flandin über die Reparationsfrage geführt hat, weilt, nach einer Meldung der „Börsenzeitung“, zur Zeit für etwa 8 Tage in Berlin. Man vermutet, daß sein Berliner Aufenthalt erneuten Tributbesprechungen gilt.

Politischer Mord in Helsingfors?

Frühere Lappo-Schahmeisterin erschossen aufgefunden. Helsingfors. Die frühere Schahmeisterin der Lappobewegung, Frau Craucher, wurde am Freitag vormittag mit durchgeschossener Schläfe tot aufgefunden. Pressemeldungen zufolge, soll Frau Craucher der Linkspresse wichtige Dokumente der Lappobewegung übergeben haben. Anderen Meldungen zufolge, steht sie im Verdacht, internationale Spionin gewesen zu sein.



Ein deutsches Gefallenen-Denkmal in Warschau
Auf dem polnischen Kriegerfriedhof Warschau-Powonski wurde in Anwesenheit des deutschen Gesandten ein Denkmal für die während des Krieges in Polen gefallenen Deutschen eingeweiht.

Wenn Menschen auseinander gehen

(8. Fortsetzung.)

Täuschender Dunst schwebte aus der Ferne heran, als ob Ströme goldenen Staubes vom Himmel herab zur Erde fließen. Hinter diesem Schleier verschwand alles: die Gärten, die wogenden Felder, das Grün der Bäume, das dunkle Braun der Acker, die weitläufigen Gehöfte der drei Landgüter, von denen das eine im Besitze Töröks war und die andern den Horvaths und Bolanys gehörten.

„Wem heber Bela!“ Der Professor legte seine Hand auf den Arm des jungen Mannes und zwang Bela, das Gesicht nach ihm zu wenden. „Nun heißt es vorwärts sehen. Wir können nichts als hoffen, daß wir alles so wiederfinden, wie wir es verlassen haben.“

„Wiederfinden, wie wir es verlassen haben.“ hallte es in Szengernys Ohr nach. Er senkte den Kopf. Nach einer Weile hob er ihn und sah nochmals zurück.

„Wiederfinden, wie wir es verlassen haben.“ hallte es in Szengernys Ohr nach. Er senkte den Kopf. Nach einer Weile hob er ihn und sah nochmals zurück.

In drei Jahren kam man ja wieder! Drei Jahre waren keine Ewigkeit. Und dann? Wenn einer geht, kann er nichts als hoffen, daß er alles so wiederfindet, wie er es verlassen hat.

Guido Horvaths Ferien neigten sich ihrem Ende. Fünf Tage noch. Dann wollte auch er der Sonne des Südens entgehen. Ägypten war diesmal das Ziel, das er als erstes anstrebte. In Kairo meldeten die Blätter sein Eintreffen für die erste Hälfte des Oktober.

Und er ließ diesmal eine Frau zurück. — Seine Frau, Raja hatte keinen Drängen nachgegeben und sich vor Tagen im Geheimen mit ihm trauen lassen.

Nun saß er zwischen Schilf und dürftigem Weidengebüsch, das den Hortobagaj umsäumte und bläute gedankverloren nach dem Streifen gelben Sandes, der das Braun der fruchtigen Erde durchschnitt.

Trübe von mitgespültem Erdrreich wälzte sich das schlammige Wasser dahin. Ein zweirädriger Karren mit einem großen Blachendache knirschte im Uferland und verichmand in einer Wolke grobkörnigen Staubes.

Horvath wühlte ärgerlich mit keinem Stock in dem Boden. Wie lange wollte sie ihn noch warten lassen? Wie soll er das hatte! Wie soll! Immer vieles Bitten und Betteln, bis sie ihm ein Zulamentreffen gewährte Gut, daß er endlich reisen mußte. Es wäre nicht länger zu ertragen gewesen.

Er erhob sich nicht, wandte nicht einmal den Kopf. Nur seine Hand streckte sich in lässiger Bewegung über die Schulter. „Ich habe dieses Wort nachgerade satt bekommen. Nicht einmal jetzt kannst du pünktlich sein, wo du doch meine Frau bist.“

Als sie nichts erwiderte, sah er auf und blickte in ein Gesicht, aus dem bis tief in die Lippen hinein jede Farbe gewichen war. Sie sah über ihn hinweg nach den Wolken, die langsam über den Himmel gedrohen kamen.

„Wir wollen uns die letzten Stunden nicht vergällen“, sagte er belästigend. „Sag dir mir! Wer weiß, wann wir uns wiedersehen!“

Er faßte nach ihrer Hand und zog sie neben sich in das vertrocknete Gras. Da sie noch immer schweigend blieb, begann sein Blut sich wieder zu erregen. Vergerlich klopfte er den Staub von seinem dunklen Weinkleid. „Wenn du verstimmst bist, weshalb kommst du dann? Ich mußte mir die Zeit stehen, hier eine geschlagene Stunde auf dich zu warten. Und das ist nun der Dank dafür!“

Er wollte sich erheben, aber ihre Hand griff erschrocken nach seinem Arm. „Guido, wenn du wüßtest!“

„Was soll ich denn schon wieder wissen?“ rief er verzweifelt und wühlte in seinem dunklen Haar. „Ich habe schon mit so viel verwöhnten Frauen zu tun gehabt, aber du bist noch die verwöhnteste von allen.“

„Das nicht! — Aber die bemitleidenswerteste sicher.“

(Fortsetzung folgt.)

